

6. Vereinbarkeit von Familie und Beruf in den Wahlprogrammen der Parteien 2021

6.1 Einleitung: Das Politikziel und seine Herausforderungen

Das Politikziel Vereinbarkeit von Familie und Beruf richtet sich auf einen Bereich der Familienpolitik, bei dem der spezielle Fokus auf das generelle Verhältnis von Beschäftigung und Familie gelegt wird. Dabei werden verschiedene gesellschaftspolitische Aspekte berührt. Es geht um Geschlechtergerechtigkeit, gleiche Lebensgestaltungschancen von Frauen und Männern und um arbeitsmarktpolitische und karrierebezogene Aspekte, die alle durch die Sorgearbeit in der Familie für Kinder und andere Familienmitglieder berührt werden. Entsprechend nimmt die Vereinbarkeit von Familie und Beruf seit mehr als 20 Jahren einen prominenten Platz unter den politischen Themen ein. Seit Ende der 1990er Jahre gibt es das Audit und Zertifikat für Betriebe mit familienfreundlicher Kultur und Organisation. Der Neunte Familienbericht widmet unter dem Titel »Erwerbsarbeit, Arbeitsteilung im Haushalt und das Problem der Vereinbarkeit« ein ganzes Kapitel dem Thema (Familienbericht 2021). Dieser Familienbericht nennt eine ganze Reihe von Zielen, die sich mit einer die Vereinbarkeit von Familie und Beruf fördernden Politik verfolgen lassen.

Die Dringlichkeit des Politikziels ergibt sich aus ganz unterschiedlichen Gründen. Sie entsteht aus einer Reihe von Problemlagen im demographischen und gesellschaftspolitischen Feld. Dringlichkeit wird gesehen aufgrund sinkender oder zu geringer Geburtenraten, die zur Überalterung der Gesellschaft und damit verbundenen Wohlfahrtsverlusten führen. Dringlichkeit wird auch wegen einer geringen Erwerbstätigenquote unter Frauen diskutiert und dies auch häufig im Zusammenhang mit Selbstverwirklichung. Auch das gesellschaftspolitische Ziel

der Gleichstellung der Geschlechter spielt eine zentrale Rolle, da es bezogen auf Stellenbesetzungen und Karrieremöglichkeiten häufig das Problem der Caregiver Discrimination gibt, also der Diskriminierung von Personen, zumeist Frauen, die Betreuungsaufgaben in der Familie für Kinder oder Pflegebedürftige übernehmen (müssen). Zudem ist mit der Auflösung der traditionellen Vorstellung des allein verdienenden Haushaltsvorstandes und des entsprechenden Verdienstes folgende Situation eingetreten: Während in den 1960er und 1970er Jahren ein Haushalt maximal 48 Stunden pro Woche arbeitete, sind es heute im Durchschnitt 38,6 Stunden bei Männern und durchschnittlich 30,5 Stunden bei Frauen. Eine Familie arbeitet damit heute mindestens 69 Stunden außerhalb des Haushalts, also rund 20 Stunden mehr als früher. Diese Zeit fällt für Familienarbeit, insbesondere die Kinderbetreuung, weg (Eurostat 2021; siehe auch Bertram 2006). Dass Familienarbeit in Deutschland immer noch zum größten Teil von Frauen geleistet wird, drückt sich zum Beispiel darin aus, dass in Haushalten mit Kindern unter 18 der Anteil der Teilzeiterwerbstätigen unter Frauen mit über 70 Prozent in Westdeutschland und knapp 50 Prozent in Ostdeutschland um ein Vielfaches höher ist als bei den Männern, deren Teilzeitanteil deutlich unter zehn Prozent liegt (Familienbericht 2021: 378). Bis 2006 ist auch die Anzahl Alleinerziehender stark angestiegen, von etwa 2,2 Millionen Mitte der 1990er Jahre auf über 2,6 Millionen 2006. Seitdem ist die Zahl relativ konstant und macht bei den Familien mit Kindern knapp 23 Prozent aus, unter Ein-Kind-Familien sogar fast 30 Prozent (Statistisches Bundesamt 2021a). Hier stellt sich die Vereinbarkeit von Familie und Beruf mit verstärkter Dringlichkeit.

Die Quoten institutioneller Kinderbetreuung (Kindergärten, Ganztagschulen) sind zwar in den letzten Jahren enorm angestiegen und liegen bei den Drei- bis unter Sechsjährigen inzwischen bei 92,5 Prozent. Bei den unter Dreijährigen liegt der Anteil allerdings bei lediglich 35 Prozent (Statistisches Bundesamt 2021b). Kinderbetreuung ist ein wichtiger, aber nicht der einzige Aspekt für die Herstellung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Der Neunte Familienbericht sieht als Handlungsfelder Unternehmenskultur, lokale Familienzeitpolitik (z.B. Vermeidung von Wegen, Wartezeiten), die institutionelle Kinderbetreuung, das Elterngeld – insbesondere wegen der Auswirkungen auf die Aufteilung der Sorgearbeit – und die sozialen Normen und Lebensformen, sowie Ehegattenbesteuerung (Familienbericht 2021).

Auch die politischen Parteien haben das Thema zum Gegenstand ihrer Wahlprogramme gemacht.

6.2 Wie wichtig ist es?

Fragt man nach dem Stellenwert, den das Politikziel Vereinbarkeit von Familie und Beruf in den Wahlprogrammen einnimmt, fällt das Ergebnis, gemessen an der Prominenz des Themas in der Öffentlichkeit, recht ernüchternd aus. Immerhin erachten 79 Prozent die »Rücksichtnahme auf familiäre Gegebenheiten« im Berufsleben als wichtig, zahlreiche Studien belegen zudem, dass die Arbeitgeberattraktivität maßgeblich von der wahrgenommenen Vereinbarkeit von Familie und Beruf abhängt (Splendid Research 2018). Das spiegelt sich so aber nicht in den Wahlprogrammen wider. Bei nur einer Partei nimmt das Politikziel mehr als drei Prozent des Wahlprogramms ein, bei allen anderen deutlich weniger, mit Anteilen unter anderthalb Prozent. Die SPD liegt mit einem Anteil von 3,1 Prozent im relativen Umfang des Politikziels an erster Stelle. CDU/CSU kommen mit lediglich 1,4 Prozent an zweiter Stelle, dicht gefolgt von den Grünen, der Partei Die Linke und der AfD. Bei der FDP liegt der Anteil mit 0,7 Prozent nur etwas mehr als halb so hoch (Tabelle 6.1). Auch wenn das Programm der SPD kaum mehr als ein Drittel der Standardseiten der Programme von Die Linke oder den Grünen umfasst, liegt die Partei mit etwa drei Standardseiten auch in absoluten Zahlen noch an zweiter Stelle hinter den Grünen mit 3,7 Seiten.

Tabelle 6.1: Bedeutsamkeit (Salienz) des Politikziels Vereinbarkeit von Familie und Beruf in den Wahlprogrammen der Parteien 2021

Wahlprogramme		Anzahl der Wörter		Salienz
	Std-Seiten	insgesamt	VFB	Anteil in %
SPD	98	24505	765	3,1
CDU/CSU	179	44763	636	1,4
B90/Die Grünen	270	67456	922	1,4
FDP	143	35842	257	0,7
AfD	102	25379	329	1,3
Die Linke	286	71467	955	1,3

Anmerkung: VFB: Vereinbarkeit Familie und Beruf. Sortierung der Parteien nach dem Bundestags-Wahlergebnis 2021.

6.3 Welche Pläne haben die Parteien?

Neben der relativen Bedeutung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf unterscheidet sich auch die substanzielle Bedeutung, die die Parteien dem Komplex zumessen. Das kommt in unterschiedlicher Weise und unterschiedlicher Deutlichkeit zur Sprache. Für die meisten Parteien ist die Vereinbarkeit von Familie und Beruf in mehreren Dimensionen von Relevanz. Angesprochen werden sowohl Gleichberechtigung als auch generelle Zielsetzung sowie Chancengleichheit, das Familienwohl und der Zielkonflikt zwischen Arbeit und Familie.

Zwar decken sich viele der Zielsetzungen in den Wahlprogrammen zwischen den Parteien. Deutlich wird allerdings auch, dass die allgemeineren, dahinterliegenden Ziele recht unterschiedlich sind. Die zugrundeliegenden Familienbilder sind unterschiedlich, die Perspektive auf die Rollen von Frauen und Männern sind unterschiedlich, und damit auch, was Vereinbarkeit von Familie und Beruf bedeutet. Ob es um traditionelle Familienformen geht, wie bei der AfD, um die Verbesserung der Situation von Frauen oder bestimmten Berufsgruppen wie bei der FDP, um Geschlechtergerechtigkeit und Lebensgestaltung wie bei Die Linke, Grünen, SPD und auch der Union, die Reichweite und Dif-

ferenzierung der hinter dem Ziel der Vereinbarkeit liegenden Gründe sind groß.

Die Differenzierungen spiegeln Unterschiede wider, die in den gesellschaftspolitischen Vorstellungen über Familie und die Rolle von Mann und Frau begründet liegen. Sehr grob lassen sie sich auf einer Dimension von emanzipativ bis traditionell festhalten. Die Linke, die Grünen und die SPD haben recht ausgeprägte Vorstellungen davon, inwiefern die Lebensgestaltung und die Bestimmung dessen, was Familie ist, im Entscheidungsraum der/des Einzelnen liegt. Auch auf Autonomie in der Lebensgestaltung ausgerichtet, aber mit einer deutlichen Orientierung auf die Familie mit Kindern, ist die CDU/CSU, während die FDP insbesondere für gerechte Karriere- und Berufschancen eintritt. Die AfD wiederum verfolgt ein traditionelles Familienbild, das die Autonomie der Frau nicht in Frage stellt, für sie aber eine Familienrolle gegenüber einer Berufsrolle präferiert.

Die Partei Die Linke zielt mit ihrer Familienpolitik »darauf ab, allen Menschen ein gutes, planbares Leben ohne Zukunftsangst zu ermöglichen – für alle Familienformen, unabhängig der Herkunft, sexuellen Orientierung und geschlechtlichen Identität.« Konkret geht es in ihrem Wahlprogramm um Betreuungseinrichtungen, Elterngeldanspruch, Arbeitszeitmodelle, Kinderkrankentage und andere Aspekte, die einen Beitrag zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf leisten können. Insbesondere werden die Chancen für Flexibilität bei der Wahl von Arbeitszeiten und Arbeitsort durch die Digitalisierung hervorgehoben und Arbeitszeitmodelle gefordert, die es Müttern und Vätern erlauben, ihren Beruf mit Familie und Privatleben unter einen Hut zu bringen. Dazu will Die Linke »Die Arbeitszeit in Vollzeit [...] auf dreißig Stunden pro Woche mit vollem Lohn- und notwendigem Personalausgleich verkürzen.« Und es geht um Geschlechtergerechtigkeit. »Das heißt zuallererst, Arbeit und Zeit zwischen den Geschlechtern gerecht zu verteilen. Wir wollen eine Gesellschaft, in der alle frei, sicher und selbstbestimmt leben können, Zeit für Familie und Freund*innen haben und gleichzeitig einer sinnvollen und gut bezahlten Arbeit nachgehen können.« (Alle Zitate dieses Absatzes aus dem Wahlprogramm Die Linke 2021)

Bei den Grünen wird die Vereinbarkeit von Familie und Beruf vielfach im Zusammenhang mit der aufzuhebenden Benachteiligung von Frauen thematisiert. So geht es darum, die »gläserne Decke, die Frauen am Aufstieg hindert,« aufzubrechen. Damit verbunden ist die For-

derung nach einer gemeinsam und gleichberechtigt getragenen Familienarbeit und dass »insbesondere Väter gleichermaßen Verantwortung und Sorgearbeit in der Familie übernehmen«. Familienarbeit soll und muss unterstützt werden durch bessere Elterngeldregelung, erhöhtes Kinderkrankengeld, Mutterschutz und anderes. Die Grünen setzen sich dafür ein, »dass Berufe, die vor allem von Frauen ausgeübt werden, eine höhere Wertschätzung erfahren als bisher, zum Beispiel in Form besserer Arbeitsbedingungen, besserer Bezahlung oder besserer Vereinbarkeit von Familie und Beruf.« Insgesamt sollen die Beschäftigten dabei unterstützt werden, »ihre Arbeit besser an ihr Familien- und Privatleben anzupassen. Eine moderne Arbeitswelt bedeutet für uns auch mehr Mitsprache bei Ort, Lage und Umfang der Arbeit.« (Alle Zitate dieses Absatzes aus dem Wahlprogramm B90/Die Grünen 2021).

Die SPD thematisiert die angezielte »deutlich bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf« sehr stark vor dem Hintergrund des Ziels der Gleichstellung: »Wir wollen ein Jahrzehnt der Gleichstellung«. Die SPD will die EU-Gleichstellungsstrategie umsetzen, die Blockade von Women on Boards lösen und die Pay Transparency-Richtlinie einlösen. Außerdem sollen unterschiedliche Arbeitszeiten und familienbedingte Tätigkeiten bei der Rente Berücksichtigung finden: »Wir wollen eine geschlechtergerechte Rente« und »Wir treten dafür an, dass Familien mehr Zeit füreinander haben, und dass es einfacher wird, Erwerbs- und Sorgearbeit gerechter zwischen allen Geschlechtern aufzuteilen, und Alleinerziehende besser unterstützt werden«, so die SPD in ihrem Wahlprogramm. Ein Vier-Säulenmodell aus Elternschaftszeit, Familienarbeitszeit, erhöhten Kinderkrankentagen und der Familienpflegezeit soll die Vereinbarkeit von Familie und Beruf befördern (alle Zitate dieses Absatzes aus dem SPD-Wahlprogramm 2021).

Die CDU/CSU bringt es in ihrem Wahlprogramm wie folgt auf den Punkt: »Wir wollen eine familiengerechte Arbeitswelt und keine arbeitsmarktgerechten Familien.« In der Flexibilisierung von Arbeitszeit und mobilem Arbeiten sieht die Union aber nicht nur Vorteile für die Familien, sondern auch für die Arbeitgeber. Der Kita-Ausbau, zum Beispiel, dient aus Perspektive der CDU/CSU sowohl der Entwicklung der Kinder als auch dazu, Eltern bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu unterstützen. Gleiches gilt für die steuerliche Berücksichtigung haushaltsnaher Dienstleistungen, die die Union gewährleisten will: »Sie entlasten Familien im Alltag und schaffen mehr Zeit für Familie und Beruf.« Und: »Frauen und Männer sollen gleichberechtigte

Wertschätzung erfahren, wenn sie sich in der Familie, im Beruf oder im Ehrenamt engagieren.« Hier könnte herausgelesen werden, dass sich die Union für die gleichberechtigte Anerkennung von Familien- und Berufsarbeit ausspricht, was wiederum zu einem Familienbild passen würde, das sich in folgender Wahlprogrammaussage spiegelt: »Wir stehen für Familienfreundlichkeit und wollen, dass sich möglichst viele Menschen für ein Leben mit Kindern entscheiden.« (Alle Zitate dieses Absatzes aus dem CDU/CSU-Wahlprogramm 2021).

Bei der FDP stehen neben der allgemeinen Zielsetzung, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern, relativ spezifische Gruppen im Fokus. Es handelt sich hier etwa um Beschäftigte an Hochschulen, für die die Rahmenbedingungen für Wissenschaftskarrieren vereinfacht werden sollen, »zum Beispiel durch eine bessere Kinderbetreuung an Hochschulen und die Möglichkeit für Väter und Mütter, ihre Lehrverpflichtungen beziehungsweise Forschungszeiten selbstbestimmter festzulegen.« Auch will die FDP Vorständen und anderen Führungskräften eine zeitlich begrenzte Auszeit ermöglichen: »In Fällen wie Geburt, Elternzeit, Pflege Angehöriger oder bei eigener schwerer Erkrankung soll es möglich sein, das Mandat für einen begrenzten Zeitraum ruhen zu lassen, ohne es niederzulegen.« Die FDP tritt für Partnermonate beim Elterngeld ebenso ein wie für das Splitten von Rentenpunkten. »Partner sollen flexibel über die Aufteilung der Familien- und Erwerbsarbeit und damit auch über die Rentenansprüche entscheiden können.« (Alle Zitate dieses Absatzes aus dem FDP-Wahlprogramm 2021).

Auch die AfD thematisiert die Vereinbarkeit von Familie und Beruf – vor allem im Zusammenhang mit einem traditionellen Lebensentwurf – und stellt dabei in den Vordergrund, dass »Insbesondere bei doppelberufstätigen Eltern [...] durch die strukturelle Benachteiligung von Familien in der Arbeitswelt eine mangelnde Vereinbarkeit von Familie und Beruf« besteht. Kinderbezogene Mehrkosten für Wohnraum, Versorgung und Ausbildung würden bei der Bemessung von Steuern und Sozialversicherungen nur minimal ausgeglichen. »Das alles führt zu durchschnittlich kleineren Familien und teilweise auch zu einer gewollten Kinderlosigkeit«, so die AfD in ihrem Wahlprogramm. Rahmenbedingungen müssten daher so gestaltet werden, dass Familie und Beruf vereinbar sind, wozu z.B. Betriebskindergärten dienen könnten. Die AfD fordert »die Würdigung auch traditioneller Lebensentwürfe und die Wertschätzung der Lebensleistung von Frauen, die Familien

gründen und Kinder großziehen. Frauen sollen genauso wie Männer entscheiden dürfen, welchen Lebensweg sie einschlagen, ohne mit gesellschaftlicher Ächtung rechnen zu müssen, wie es aktuell im linken Zeitgeist verankert ist.« (Alle Zitate dieses Absatzes aus dem AfD-Wahlprogramm 2021).

6.4 Wie konkret sind die Versprechen?

Pläne und Versprechen der Parteien in ihren Wahlprogrammen können unterschiedlich stark entwickelt und ausgefeilt sein. Wie konkret die Parteien ihre Versprechen formulieren, ist sicherlich davon abhängig, ob sie meinen, damit die Wähler:innen überzeugen zu können. Das wiederum hängt von einer ganzen Reihe von Faktoren ab, wie der Kompetenzwahrnehmung der Wettbewerber:innen, der Kompetenz der eigenen Partei und vielleicht auch der Relevanz für die eigene Partei.

Im Politikbereich Vereinbarkeit von Familie und Beruf kommen alle Konkretisierungsgrade von Versprechen vor. Ein Beispiel für eine sehr allgemeine Formulierung kommt aus dem Wahlprogramm der Partei Die Linke: »LINKE Familienpolitik zielt darauf ab, allen Menschen ein gutes, planbares Leben ohne Zukunftsangst zu ermöglichen – für alle Familienformen, unabhängig der Herkunft, sexuellen Orientierung und geschlechtlichen Identität.« Das ist eher eine rhetorische Thematisierung, wie auch die folgende im Wahlprogramm der CDU/CSU: »Frauen und Männer sollen gleichberechtigte Wertschätzung erfahren, wenn sie sich in der Familie, im Beruf oder im Ehrenamt engagieren.« Rhetorische Thematisierungen dieser Art gibt es bei allen Parteien, allerdings in unterschiedlichem Ausmaß, wie unsere Analyse zeigt. Aber es gibt auch Aussagen, die konkreter sind und vage Versprechen in Aussicht stellen. Dazu zählt zum Beispiel das Versprechen im Wahlprogramm der FDP: »Vorständen und anderen Führungskräften wollen wir eine zeitlich begrenzte Auszeit ermöglichen. In Fällen wie Geburt, Elternzeit, Pflege Angehöriger oder bei eigener schwerer Erkrankung soll es möglich sein, das Mandat für einen begrenzten Zeitraum ruhen zu lassen, ohne es niederzulegen.« Ebenfalls ein vages Versprechen findet sich im Wahlprogramm der AfD: »Die AfD fordert daher auch zur Vermeidung von Trennungen eine familienfreundliche Steuer- und Abgabenpolitik, die es Familien ermöglicht, auf Wunsch auch mit nur einem Erwerbseinkommen eine Familie zu ernähren, ohne gravierende

Einbußen des Lebensstandards.« Wenn dagegen genauer benannt wird, was gemacht werden soll, spricht das dafür, dass die Partei hier nicht nur ein Anliegen hat, sondern sich damit auch intensiver beschäftigt hat. Das ist zum Beispiel bei dem folgenden Versprechen im Wahlprogramm der Grünen der Fall: »Mit der KinderZeit Plus wollen wir das Elterngeld auf 24 Monate ausweiten: pro Elternteil je acht Monate, weitere acht Monate können flexibel untereinander aufgeteilt werden.« Das gilt auch für folgendes Zitat aus dem Wahlprogramm der SPD: »Der Rechtsanspruch auf ein ganztägiges Bildungs- und Betreuungsangebot im Grundschulalter ist ein wichtiger Beitrag zur Bildungsgerechtigkeit und zudem für viele Eltern der notwendige nächste Schritt in der Vereinbarkeit von Familie und Beruf [...]«.

An dem relativ geringen Umfang, den die Vereinbarkeit von Familie und Beruf in den Wahlprogrammen einnimmt, kann schon abgelesen werden, dass die Anzahl der Versprechen nicht besonders groß sein kann. Sie reicht von neun bis zu 23 Nennungen in den Wahlprogrammen der Bundestagsparteien. Auch das Ausmaß der Konkretisierung unterscheidet sich zwischen den Parteien sehr deutlich. Der Anteil rein rhetorischer Thematisierung liegt bei der AfD mit fast 60 Prozent am höchsten, bei der FDP mit elf Prozent und nur einer Nennung von allerdings insgesamt auch nur neun Versprechen am niedrigsten. Die meisten konkreten Versprechen macht Die Linke (61 Prozent), gefolgt von der SPD (54 Prozent) und den Grünen (50 Prozent). Bei der AfD wiederum ist der Anteil konkreter Versprechen mit einem Zehntel am geringsten, gefolgt von CDU/CSU (22 Prozent) und FDP (ein Drittel). AfD, CDU/CSU und FDP zeichnen sich in ihren Wahlprogrammen damit hinsichtlich des Themas als am wenigsten konkret aus, die Linke als am stärksten konkret, gefolgt von SPD und den Grünen (siehe Tabelle 6.2).

Tabelle 6.2: Grad der Konkretheit der Versprechen zum Politikziel Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Wahl- programme	Anzahl Versprechen VFB	Versprechen					
		rhetorisch		vage		konkret	
		N	%	N	%	N	%
SPD	13	4	31	2	15	7	54
CDU/CSU	18	8	44	6	33	4	22
B90/Die Grünen	14	4	29	3	21	7	50
FDP	9	1	11	5	56	3	33
AfD	10	6	60	3	30	1	10
Die Linke	23	4	17	5	22	14	61

Anmerkung: Bei den Prozentangaben handelt es sich um Zeilenprozente. Sie geben an, wie groß der Anteil rhetorischer, vager und konkreter Versprechen an allen Versprechen zum Politikziel Vereinbarkeit von Familie und Beruf im jeweiligen Wahlprogramm ist.

6.5 Wo herrscht Konsens, wo Konflikt?

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist allem Eindruck nach kein polarisierendes Thema. Alle Wahlprogramme nehmen sich des Politikziels an, Gegensätze in den Positionen oder angezielten Maßnahmen sind auf den ersten Blick nicht sichtbar. Ein Vergleich der in den Wahlprogrammen formulierten Ziele kann aber nicht nur etwas darüber aussagen, wie groß die Unterschiede zwischen den Parteien sind, sondern auch, welche Gemeinsamkeiten über das Politikziel bestehen. Zwar gibt es keine gegensätzlichen Positionen beim Politikziel Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Das darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die zum Teil ähnlichen Maßnahmen unterschiedlichen Zielen dienen. Bei der AfD ist es die Förderung traditioneller Familienstrukturen, während die Grünen ganz auf Emanzipation und Selbstverwirklichung setzen. Für beide Ziele können die gleichen Versprechen im Bereich steuerlicher Behandlung von Familien, in der Rentenfrage oder im Bereich von Kinderbetreuung gemacht werden, jedoch mit unterschiedlichen angestrebten gesell-

schaftspolitischen Konsequenzen. Der vermeintliche Konsens oder die geringe Konfliktrichtigkeit liegt in den Maßnahmen, die versprochen werden, nicht in den Zielen.

Es gibt elf Zielsetzungen, zu denen mindestens zwei Parteien in ihren Wahlprogrammen 2021 Versprechen formuliert haben. Zu diesen elf Zielsetzungen gibt es insgesamt 28 Versprechen der betrachteten Wahlprogramme der sechs Bundestagsparteien. Es sind zumeist partielle oder auch stärkere Übereinstimmungen, gegensätzliche Zielsetzungen wurden – wie schon gesagt – nicht formuliert. Gemessen an den gleichen und ähnlichen Zielsetzungen sind sich bei dem Politikziel Vereinbarkeit von Familie und Beruf SPD und Die Linke sowie Die Linke und die Grünen am nächsten. Hier gibt es fünf gleiche bzw. ähnliche Zielsetzungen zwischen Die Linke und SPD, und vier zwischen Die Linke und den Grünen (siehe Tabelle 6.3). Entsprechend der augenscheinlich geringen Konfliktrichtigkeit des Politikziels gibt es keine deutliche »Lagerabgrenzung«, denn Die Linke und die Grünen teilen auch drei Ziele mit der CDU/CSU.

Tabelle 6.3: Anzahl gleicher oder ähnlicher Zielsetzungen in den Wahlprogrammen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf

	SPD	CDU/ CSU	B90/Die Grünen	FDP	AfD	Die Linke	Insgesamt ^a
SPD	-	1	2	2	1	5	6
CDU/CSU		-	3	3	0	3	4
B90/Die Grünen			-	2	1	4	6
FDP				-	2	2	5
AfD					-	4	3
Die Linke						-	7

^a Diese Spalte gibt an, für wie viele Versprechen einer Partei gleiche oder ähnliche Zielsetzungen zu anderen Parteien berechnet werden konnten. Da sich auf Basis eines Versprechens gleiche oder ähnliche Zielsetzungen mit mehreren Parteien ergeben können, ist diese Zahl kleiner als die Summe gleicher oder ähnlicher Zielsetzungen mit den einzelnen Parteien.

Konkreter betrachtet gibt es zwischen der Partei Die Linke und den Grünen vollständige Übereinstimmung bei der Ausweitung der Dauer des Elterngeldes auf 24 Monate, die CDU/CSU will hier auf 16 Monate erhöhen. Es gibt teilweise Überschneidungen zwischen den Grünen, Die Linke und der SPD in der Frage des Elternschutzes nach der Geburt eines Kindes und dessen Ausweitung auf zehn oder 14 Tage. Bei der Höhe des Elterngeldes gibt es zwischen SPD und Die Linke eine relativ große Übereinstimmung, bei den Kinderkrankentagen wiederum zwischen SPD, Die Linke und den Grünen. Eher teilweise Überschneidung, da nicht sehr konkret, gibt es zwischen CDU/CSU, SPD, und Die Linke in der Frage der Kinderbetreuung; bei der Frage Zeitautonomie zwischen CDU/CSU, Die Linke und Grünen; und bei der steuerlichen Begünstigung haushaltsnaher Dienstleistungen zwischen CDU/CSU, FDP und Grünen (siehe hierzu Tabelle A6.1 im Anhang).

Die Potentiale für die Zusammenarbeit beim Politikziel Vereinbarkeit von Familie und Beruf sind also vielfältig gegeben. Dieses Politikziel ist damit sicherlich keines, das in den Koalitionsverhandlungen – in welcher Kombination auch immer – zu Schwierigkeiten und Unstimmigkeiten hätte führen können.